FH-01-013-2

Freiheit im Herzen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAGen Lesben- und Schwulenpolitik
Beschlussdatum:	02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 13 bis 19:

~~Deutschland 2017 gründet auf Vielfalt und Gleichberechtigung. Mit uns gibt es keinen Rückfall in eine Gesellschaft, in der Richterinnen oder Automechanikerinnen nicht vorgesehen waren und alleinerziehende Eltern schief angeschaut wurden. Kein Zurück in eine Zeit, in der Männer, die Männer lieben, und Frauen, die Frauen lieben, zu einem öffentlichen Skandal wurden. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde, ganz gleich aus welcher Ecke Hass und Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus kommen.~~

Wir wollen, dass unsere Gesellschaft auf Vielfalt und Gleichberechtigung gründet und allen ihren Mitgliedern die Wahrnehmung ihrer Freiheits- und Bürgerrechte ermöglicht. Dazu gehört die Anerkennung von Vielfalt, vielfältigen Lebensweisen und Identitäten. Niemand darf wegen der Geschlechtsidentität, aus rassistischen Gründen, aufgrund der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder wegen einer Behinderung ausgegrenzt und benachteiligt werden. Trotz aller gesellschaftlichen Fortschritte sind Diskriminierung und Ungleichbehandlung für viele Menschen noch immer Alltag. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Ihr sagen wir weiterhin den Kampf an. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde, ganz gleich aus welcher Ecke Hass und LSBTIQ*-Feindlichkeit, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus kommen. Jede*r hat ein Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben. Daher werden wir Freiheiten weiter ausbauen, Diskriminierung abbauen und die Gleichstellung vorantreiben.

Begründung

Es stimmt, dass die Gesellschaft heute weltoffener und aufgeschlossener gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt ist als noch vor vielen Jahren. Und an dieser Entwicklung haben wir Grüne maßgeblichen Anteil. Zu der Analyse des Status quo gehört aber auch dazu, dass Ausgrenzung und Diskriminierung noch immer Alltag für viele Bevölkerungsgruppen sind. Der antimuslimische Rassismus nimmt weiter zu, genauso wie die Diskriminierung aufgrund des sozialen Status. Gleichzeitig wächst die Abwertung von Geflüchteten, Muslim*innen und Sinti und Roma. Rechte Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte erreichen erschreckende Ausmaße. Und obwohl die Forderung nach Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule inzwischen eine deutliche gesellschaftliche Mehrheit hinter sich hat, wird eine politische Umsetzung fortwährend blockiert. Zudem haben viele Menschen nach wie vor grundsätzliche Vorbehalte, wenn sexuelle Vielfalt öffentlich sichtbar gelebt wird, zum Beispiel, wenn sich zwei Männer küssen.

Es reicht daher nicht, unsere Demokratie und die offene Gesellschaft zu verteidigen, sondern Bürger*innenrechte und ein diskriminierungsfreies Leben für alle Mitglieder unserer Gesellschaft müssen weiterhin erkämpft und durchgesetzt werden.